

Ein verlässlicher Kompass
für den Zukunftskurs
der „C“-Parteien

Christlich Demokratische Union: Der Name ist Programm

Ruprecht Polenz

Ein Jahr vor der Bundestagswahl wurden die Deutschen nach ihren größten Ängsten befragt. Die Befürchtung, die Politiker seien mit ihren Aufgaben überfordert, rangierte mit 55 Prozent auf Platz zwei unmittelbar nach der Sorge vor steigenden Lebenshaltungskosten (63 Prozent). Zum Vergleich: Nur 39 Prozent hatten Angst vor Terrorismus. Dieser Befund bestätigt einen längerfristigen Trend: das schwindende Vertrauen in die „Volksparteien“ bei Bundestagswahlen. Nach einer Auswertung von Forsa erhielten CDU/CSU und SPD in den alten Bundesländern 1983 zusammen noch 76,8 Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten. Bei der Bundestagswahl 2009 war dieser Anteil auf 42,1 Prozent zusammengeschrumpft. In den neuen Bundesländern gab es 1990 noch 48,5 Prozent, 2009 erhielten CDU und SPD zusammen nicht mal mehr ein Drittel der Stimmen (30,4 Prozent). Die Zahl der Nichtwähler stieg auf 28,7 Prozent beziehungsweise 36,4 Prozent (neue Bundesländer) an. Jede strategische Überlegung für die Bundestagswahl 2013 muss deshalb von der Frage ausgehen: Wie kann Vertrauen zurückgewonnen werden?

Anders als die CDU genießt die Bundeskanzlerin großes Vertrauen in der Bevölkerung. Ihr traut man zu, Deutschland durch die Krisen zu steuern. Sie ist nach den Deutschland-Trend-Umfragen mit circa sechzig Prozent auch die beliebteste Politikerin Deutschlands. Die Union, also CDU und CSU, die bei der sogenannten Sonntagfrage auf circa 37 Prozent kom-

men, ist deshalb gut beraten, sich hinter Angela Merkel zu stellen und immer wieder deutlich zu machen, dass die Partei den Kurs der Kanzlerin unterstützt und dass Merkel eine starke Union braucht, um ihre Politik durchsetzen zu können.

Hier ist die Bundestagsfraktion besonders gefordert. Natürlich wird bei dem schwierigen Auf-Sicht-durch-die-Krise-Steuern immer wieder um die richtigen Schritte zu ringen sein. Dass dabei auch unterschiedliche Positionen deutlich werden, ist nicht nur unvermeidlich, sondern geradezu notwendig, um am Ende zur bestmöglichen Lösung zu gelangen. Aber dann sollte diese Lösung gemeinsam und geschlossen von der gesamten Fraktion getragen und aktiv vertreten werden. Wir gewinnen kein Vertrauen in der Bevölkerung für unseren Kurs in schwierigen Zeiten, wenn er ständig aus den eigenen Reihen von einzelnen medienv Verstärkt angezweifelt wird. Um Vertrauen zurückzugewinnen, muss die CDU nur ihren Parteinamen richtig ausbuchstabieren und programmatisch praktizieren: Christlich Demokratische Union.

Volkspartei in der Einwanderungsgesellschaft

Union – das bedeutet Volkspartei. Wer Volkspartei sein will, dessen Mitgliedschaft muss jedenfalls im Großen und Ganzen die Bevölkerung in ihrer Zusammensetzung widerspiegeln. Jedes Foto von einer belebten Fußgängerzone – legt man es neben ein Foto von einer CDU-Mitgliederversammlung – zeigt, woran es

hapert: Bei uns sind mehr Ältere, weniger Jüngere und weniger Frauen. Und was noch wichtiger ist, weil Mode das Lebensgefühl der Menschen zum Ausdruck bringt: Die Menschen in der Fußgängerzone sind anders gekleidet, bunter, lässiger, modischer, nicht so steif.

Volkspartei heißt 2012 auch Volkspartei in einer Einwanderungsgesellschaft. Das bedeutet, dass die CDU als Erstes diesen Sachverhalt endlich in einer Art und Weise anerkennen muss, die nicht so wirkt, als würde man diese Entwicklung am liebsten rückgängig machen. Erst damit gewinnen wir die richtige Einstellung, die es ermöglicht, auf diejenigen zuzugehen, deren Großeltern oder Eltern nicht in Deutschland geboren wurden. Dann können wir sie zur Mitarbeit in der CDU ermutigen und uns gemeinsam den Fragen zuwenden, die wir für ein gutes Miteinander noch lösen müssen.

Eine Volkspartei ist keine Klientelpartei. Aber in unserer pluralistischen Gesellschaft sind Interessengruppen notwendig und legitim. Aufgabe der CDU ist es, für einen gerechten Ausgleich oft widerstreitender Interessen zu sorgen und sich dabei am Gemeinwohl zu orientieren. Die Mehrwertsteuer-Ermäßigung für die Hotels ließ sich damit nicht rechtfertigen. Bestimmte Hilfen für die Landwirtschaft dagegen sehr wohl, wenn es um bäuerliche Familienbetriebe, gesunde Ernährung oder die ländlichen Räume und die Vermeidung von Landflucht geht. Gerechtigkeit und Gemeinwohl – diese Maßstäbe müssen immer angelegt und kommuniziert werden.

Die Mitglieder einer Volkspartei sind dort präsent, wo das Volk ist. In Sportvereinen, Chören und Heimatvereinen gelingt das der CDU noch ganz gut. Aber in den Umwelt- oder Eine-Welt-Gruppen trifft man schon deutlich seltener auf CDU-Mitglieder. Auch in den großstädtischen Milieus, die in den letzten Jahrzehnten seit der 68er-Studentenbewe-

gung entstanden sind und die sich von diesen Ursprüngen längst entfernt haben, findet man kaum Mitglieder der CDU. Nicht nur in Universitätsstädten machen diese Milieus inzwischen bis zu ein Drittel der Bevölkerung aus. Die Präsenz im Volk ist das Sensorium der Partei, das ein Gespür vermittelt für das, was die Menschen bewegt, worauf sie von der Politik Antworten erwarten. Je breiter und weiter verzweigt diese Wurzeln in der Gesellschaft sind, desto besser ist die CDU im Volk verankert.

Junge Union, Seniorenunion und Frauenunion haben auch die Aufgabe, durch ihre Zielgruppenarbeit sicherzustellen, dass die Zusammensetzung der CDU-Mitgliedschaft nach Alter und Geschlecht in etwa der Gesamtbevölkerung entspricht. Dieser Aufgabe wird bisher nur die Seniorenunion gerecht. Vor allem jüngere Frauen werden zu wenig erreicht. Auch den Sozialausschüssen und der Mittelstands- und Wirtschaftsvereingung gelingt es nur unzureichend, Arbeitnehmer und Arbeitgeber für die CDU zu interessieren.

Demokratischer Transmissionsriemen

Manchmal reicht ein Blick ins Grundgesetz, um programmatische Klarheit zu gewinnen. „Die Parteien wirken an der Willensbildung des Volkes mit“, heißt es in Artikel 21 Absatz 1. Mitwirken, nicht ersetzen – das ist der Verfassungsauftrag.

Die Praxis aller Parteien hat sich davon weit entfernt mit der Folge zunehmender Politikverdrossenheit und dem lauter werdenden Ruf nach Volksabstimmungen und direkter Demokratie. Wie nicht nur die Schweizer Minarett-Entscheidung gezeigt hat, kann das nicht der Königsweg sein. Es ist Aufgabe der politischen Parteien, eine Brücke zwischen repräsentativer Demokratie und direkter Bürgermitwirkung zu bilden. Die Piraten scheinen das erkannt zu haben. Mit dem

Versprechen, über das Internet neue politische Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten für alle zu eröffnen, haben sie große Anfangserfolge erzielt. Dass sie jetzt nicht in der Lage sind, ihre Versprechen einzulösen, macht das Ziel nicht verkehrt. Kommunalpolitische Entscheidungen größerer Reichweite sollten nicht getroffen werden, ohne dass die CDU zuvor in Bürgerversammlungen und Anhörungen mit Betroffenen und Interessierten eingehend über die Entscheidungsalternativen gesprochen hat. Auch für wichtige Entscheidungen auf Landes- oder Bundesebene sind öffentliche Parlamentsanhörungen von Verbänden und Experten nicht ausreichend. Die CDU muss auch vor Ort gemeinsam mit ihren Abgeordneten Interessierte und Betroffene einladen und zu Wort kommen lassen. Flankierend bietet das Internet zusätzliche Möglichkeiten, diese Diskussionen in die Breite zu tragen und zur Mitwirkung einzuladen.

Das ist anstrengend und bedeutet auch einen gewissen Machtverlust. Aber die Vorteile für die CDU liegen auf der Hand: Man wird nicht dümmer, wenn man den Bürgern zuhört. Die Qualität der Entscheidungen wird besser, wenn möglichst viele der denkbaren Argumente einbezogen werden. Vor allem kann eine solche Praxis die weitverbreitete Meinung in der Bevölkerung abbauen, „die da oben“ wüssten alles besser und kümmern sich nicht um das, was die Menschen denken.

Artikel 21 Absatz 1 des Grundgesetzes schreibt auch vor, dass die innere Ordnung der Parteien demokratischen Grundsätzen entsprechen muss. Damit sind nicht nur die Legitimationskette für Wahlen zu Parteivorständen und die Nominierung von Kandidaten für die Parlamente gemeint. Wichtige Entscheidungen sollte die CDU ihren Mitgliedern vorlegen. Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht hätte beispielsweise so disku-

tiert werden können. Das Internet bietet Möglichkeiten, praktisch alle CDU-Mitglieder am Diskussionsprozess und an der Abstimmung zu beteiligen. Dies ist nicht zuletzt auf regionaler und Bundesebene eine gute Vorübung, die Argumente zu finden, mit denen anschließend die breite Öffentlichkeit überzeugt werden kann.

Christlich: in Wertorientierung, politischem Stil und im Umgang

Diesen hohen Anspruch haben wir uns mit dem „C“ im Parteinamen selbst gegeben. Je besser wir ihn einlösen, desto erfolgreicher wird die CDU sein. Zu Recht ist immer von den sozialen, liberalen und konservativen Strömungen die Rede, die in der CDU gebündelt werden. Aber erst das „C“ gibt ihnen die gemeinsame Richtung. Nicht Umverteilung ist der Weg aus Armut und Not, sondern Arbeit und Hilfe zur Selbsthilfe. Nicht Manchesterkapitalismus oder Laissez-faire ist unsere Vorstellung von Liberalität, sondern verantwortete Freiheit und Soziale Marktwirtschaft. Weil wir unseren Konservatismus mit unseren Werten verbinden, halten wir nicht an überkommenen Strukturen fest, sondern suchen unsere Werte in der gesellschaftlichen Veränderung zu bewahren. Der Zusammenhalt von Familien wird heutzutage umso mehr gestärkt, je besser sich Beruf und Familie für Väter und Mütter miteinander vereinbaren lassen. Weil manche lautstark das angebliche Fehlen des Konservativen beklagen: Die CDU schreibt sich mit „C“ und nicht mit „K“, und das „C“ steht nicht für Cäsium, wie manche zu glauben scheinen, die das Festhalten an der Kernenergie für einen Wesensbestandteil der CDU halten.

Als Albert Einstein einmal schriftliche Prüfungsaufgaben stellen musste, wurde er von einem Kollegen darauf aufmerksam gemacht, dass er dieselben Fragen schon letztes Jahr gestellt habe. „Ich weiß“, antwortete Einstein, „aber dieses Jahr sind andere Antworten richtig.“ Die

CDU sucht diese neuen Antworten auf der Basis christlicher Wertvorstellungen, an denen sie gerade deshalb festhält, um tragfähige Lösungen für die Zukunft zu finden.

„Die Mitte“ prangt plakativ auf jedem Parteitag der CDU. Das ist zwar nicht falsch, aber auch nicht ausreichend, weil sich die Frage anschließt: Mitte wovon? Und was, wenn sich das Spektrum verschiebt? Verschiebt sich dann auch die Mitte? Lauft ihr dann dem Zeitgeist hinterher? Und wenn es links von der Mitte, in der sich die CDU sieht, etwas gibt, wie sieht es rechts von der CDU aus? Und vor allem: Wie hält es die CDU damit?

Die Sarrazin-Debatte und die Resonanz, die der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders auch in Deutschland mit seiner Verknüpfung von Islamfeindlichkeit, „Moslembashing“ und Europaskepsis findet, machen es erforderlich, dass die CDU ihr christliches Politikverständnis deutlich macht und sich von rechtspopulistischen Strömungen klar abgrenzt. Das ist gar nicht so schwer, denn das „C“ verbietet ein Freund-Feind-Denken. Das „C“ steht gegen Fanatismus und Hass. Deshalb ist CDU-Politik eine Politik von Maß und Mitte (was von rechts außen gern als Wischiwaschi und kompromisslerisch diffamiert wird). Das „C“ gebietet Achtung und Respekt vor jedem Menschen. Rechtspopulisten propagieren Verachtung: für sozial Schwache, Ausländer, Minderheiten. Das „C“ gebietet Respekt für Andersgläubige und die Achtung anderer Religionen. Rechtspopulisten predigen Hass gegen den Islam und gegen Muslime. Die CDU sieht die Welt nicht schwarz-weiß. Rechtspopulisten aber leben von der Polarisierung.

Es sollte also auch der Stil, mit dem wir Politik machen, von dem „C“ in unserem Parteinamen geprägt sein. Maß und Mäßigung waren von jeher gute bürgerlich-konservative Haltungen, denen das „C“ eine zusätzliche Dimension verleiht.

Wenn wir über Asylbewerber, Flüchtlinge oder über die Empfänger von Sozialleistungen sprechen, muss man uns immer anmerken, dass wir über Menschen sprechen, deren Schicksal uns nicht gleichgültig ist, auch wenn wir nicht immer helfen können.

„Freund – Feind – Parteilfreund.“ Dieser Spruch kommt nicht von ungefähr. Für eine Partei, die sich christlich nennt, ist der damit gemeinte Umgang miteinander auch ein Glaubwürdigkeitsproblem Dritten gegenüber. Wie die Unternehmenskultur wird auch die Kultur in einer Partei von der Spitze geprägt. Nun hat auch Politik innerhalb einer Partei mit persönlichen Rivalitäten und Kampf um Macht und Einfluss zu tun. Aber persönliche Intrigen sind etwas anderes als Kritik und Konkurrenz. Fairness im Umgang miteinander und gegenseitigen Respekt darf man schon erwarten. Wir sollten auch nicht unterschätzen, wie viele Menschen, die wir gut in unseren Reihen gebrauchen könnten, durch unsere „Unternehmenskultur“ abgeschreckt werden. Und dass man über Abwesende nichts oder aber Gutes redet, ist nicht nur für den privaten Umgang miteinander eine weise Regel. Wenn uns, was vorkommen kann, sonst niemand lobt, sollten wir es wenigstens untereinander tun.

Die Themen der Bundestagswahl 2013

„Bürger fragen – Politiker antworten“ hieß einmal eine Fernsehsendung. Die Wirklichkeit sieht oft anders aus. Entweder bleiben Politiker die Antwort schuldig, oder sie antworten auf Fragen, die keiner gestellt hat.

„Tua res agitur“ – es geht dich an! Nur wenn es bei der Auswahl der Themen des Wahlkampfes gelingt, die Bedeutung für jede und jeden deutlich zu machen, wird man uns überhaupt zuhören, wie wir uns die Lösung vorstellen. Welche Chancen habe ich für mein Leben? Geht es gerecht

zu in unserer Gesellschaft? Wie wollen wir Freiheit, Sicherheit und Wohlstand bewahren in einer unruhigen und unübersichtlichen Welt? Das fragen sich viele, und an diese Fragen müssen wir anknüpfen, wenn wir antworten.

Wir müssen erklären, dass Bildung und Ausbildung die Schlüssel sind für Auskommen und Aufstieg und was wir konkret getan haben und tun werden, um mehr Chancengerechtigkeit herzustellen. Der quantitative und qualitative Ausbau frühkindlicher Betreuungsangebote gehört hierher und eine Stärkung der Kindergärten und Grundschulen. Wir wollen jedes Kind entsprechend seinen individuellen Talenten fördern und fördern. Wenn Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern kommen, darf das für sie kein Nachteil sein. Und kompensatorische Bildung, die die Nachteile dieser bildungsfernen Elternhäuser möglichst ausgleicht, muss denkbar früh ansetzen.

Keine Vorgängerregierung hat die Forschung so mit kontinuierlich steigenden Beträgen gefördert wie die jetzige. Als rohstoffarmes Land werden wir nur dann ein Land mit hohen Löhnen und guten Sozialleistungen bleiben können, wenn wir technologisch an der Weltspitze bleiben. Aber andere holen auf. Bei wachsender Konkurrenz aus Schwellenländern müssen wir uns weiter anstrengen. Gute Schulen und Universitäten und eine duale Ausbildung in Schule und Betrieb, um die uns die Welt beneidet, sind die Basis dafür, dass wir uns auch in Zukunft in der Weltspitze halten können. Wir müssen im Wahlkampf sagen, was wir weiter dafür tun wollen.

51 Prozent finden, dass es in Deutschland alles in allem eher ungerecht zugehe. Für eine Partei, die durch das „C“ im Namen der Gerechtigkeit verpflichtet ist, ist das eine besondere Herausforderung, immer wieder deutlich zu machen, wie wir durch unsere Entscheidungen in der Steuerpolitik oder der Sozialpolitik mehr Gerechtigkeit erreichen wollen. Das ist ange-

sichts der Komplexität und Unübersichtlichkeit des Steuer- wie des Sozialrechts kein leichtes Unterfangen. Umso wichtiger ist, dass wir unsere Maßstäbe immer wieder deutlich machen: Wer arbeitet, soll mehr haben, als wer nicht arbeitet. Die CDU stellt sich vor die Schwachen. Die Stärkeren müssen mehr Lasten für die Allgemeinheit schultern als die Schwächeren.

Der Prozess der europäischen Einigung und Integration hat uns in den letzten sechzig Jahren Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand gebracht. Wir Deutschen haben noch nie in unserer Geschichte eine so lange gute Zeit erlebt, an der seit 1990 zu unserem Glück alle Deutschen teilhaben können. Allein das spricht dafür, alles dafür zu tun, dass der Prozess der europäischen Einigung und Integration fortgesetzt wird.

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und die damit verschränkte Staatsschuldenkrise haben die Welt und die Europäische Union seit 2008 in die schwerste Krise seit Jahrzehnten gestürzt. Vergleiche mit der Weltwirtschaftskrise der Dreißigerjahre des vorigen Jahrhunderts werden gezogen. Damals wurde die Krise durch eine „Rette-sich-wer-kann“-Politik der Nationalstaaten zur Katastrophe verschärft.

Bisher haben wir die richtigen Lehren daraus gezogen: gemeinsam abgestimmtes Vorgehen mit den USA im Rahmen der G20 und vor allem Zusammenhalt in Europa und der Euro-Zone. Solidarität mit den Ländern, die in besondere Schwierigkeiten gekommen sind, bei gleichzeitigem Bestehen auf Strukturreformen und verstärkter Kontrolle, dass sie auch durchgeführt werden.

Hier schließt sich der Kreis: Es ist die Bundeskanzlerin, die diesen Kurs von Anfang an verfolgt und mit Geduld und Beharrlichkeit durchgesetzt hat. Deshalb vertrauen ihr die Menschen. Keine schlechte Ausgangslage für die Bundestagswahl 2013.